

Abgeordnetenhaus BERLIN

17. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen

53. Sitzung
12. Februar 2015

Beginn: 10.05 Uhr
Schluss: 12.04 Uhr
Vorsitz: Anja Kofbinger (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Wahl einer/eines stellvertretenden Vorsitzenden

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Wir kommen nun zum

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Arbeit der Anlaufstelle für europäische
Wanderarbeiter und Roma in Berlin**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0151](#)
ArbIntFrau

Hierzu wurden zur Anhörung eingeladen:

- Herr Georgi Ivanov (Amaro Foro e.V.)
- Herr Frank Petratschek (Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.)

Er ist das Kernstück unserer heutigen Sitzung. – Dazu begrüße ich herzlich unsere drei Gäste – ich beginne links außen, das liegt mir auch politisch sehr –, insbesondere Herrn Ivanov, von Amaro Foro e. V., Herrn Frank Petratschek, vom Caritasverband für das Erzbistum Berlin und last but noch least Frau Arion, von Phinove e. V. – Wir haben Sie erst spät eingeladen. Es ist schön, dass Sie trotzdem kommen konnten. – Wird ein Wortprotokoll gewünscht? — [Elke Breitenbach (LINKE): Ja!] – Das ist der Fall, dann wird das so gemacht. – Wir kommen zur Begründung dieses Besprechungspunkts durch die Fraktion der Grünen. – Bitte, Frau Kahlefeld, Sie haben das Wort!

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Ich mache es kurz: Ich freue mich, dass diese Anhörung heute zustande gekommen ist. Die Arbeit der Anlaufstelle in Berlin ist enorm wichtig, das wissen wir alle, und darüber werden wir gleich noch etwas erfahren. Es ist tatsächlich ein Zufall, dass hier zugleich auch ein neu gegründeter Träger sitzt, von dem wir hoffentlich erfahren werden, wer dahinter steckt, welche Arbeit er macht und warum er für eine Übergangszeit eine so wichtige Stelle bekommen hat. Das passt einfach zusammen, und das sind Fragen, die uns alle umtreiben.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Wir beginnen jetzt mit der Anhörung. Im Vorfeld dieser Anhörung hatten wir uns darauf verständigt, dass Herr Ivanov beginnt, gefolgt von Frau Arion und Herrn Petratschek. In dieser Reihenfolge möchten wir gern Ihre Wortbeiträge hören. – Bitte, Herr Ivanov, Sie haben das Wort!

Georgi Ivanov (Amaro Foro e. V.): Guten Morgen! Herzlichen Dank für die Einladung! Dadurch, dass ich ziemlich wenig Zeit habe, möchte ich nichts über die Vorgeschichte erzählen, die kennen Sie sicherlich. – Amaro Foro ist eine Mitgrantenselbstorganisation von Roma und Nicht-Roma. Sie ist der Landesverband von Amaro Drom e. V. Einige Mitglieder dieses Vereins sind von Anfang an bei der Entwicklung und dem Ausbau der Anlaufstelle dabei. Die damalige Anlaufstelle wurde unter der Trägerschaft des Bundesverbands gegründet, und seit 2013 setzt Amaro Foro dieses Projekt um.

Die Anlaufstelle von Amaro Foro orientiert sich an dem Bedarf der Menschen, die zu uns kommen und fungiert als Brücke zwischen den bereits bestehenden Regelangeboten und Selbsthilfepotenzialen. Hinzu kommt, dass dieses Projekt die Teilhabe an der Gemeinschaft fördert, und es setzt sich konsequent für die Chancengleichheit und die gesellschaftliche Teilhabe ein. Praktisch sieht es so aus, dass wir in unserem Büro drei Tage in der Woche eine

soziale Beratung auf Rumänisch, Bulgarisch und Romanes anbieten, und wir begleiten unsere Klienten zu den Behörden und stehen ihnen bei der sprachlichen Übermittlung und als Beistand bei. Wir intervenieren an Brennpunkten beim Aussuchen der Arbeit oder nach der Meldung in den Bezirken, für die der Träger zuständig ist. – Ich werde diese Bezirke jetzt nicht aufzählen, aber auf Anfrage können wir das gern nachholen.

Wir haben im Laufe der Zeit festgestellt: Je mehr Beratung angeboten wird, desto größer ist die Anfrage. Beispielsweise im Vergleich zum Jahr 2013, als wir mit jeweils einer Person auf Rumänisch und Bulgarisch weniger arbeiten mussten, wurden – im Vergleich zwischen den Jahren 2012 und 2014 – weniger Beratungseinheiten dokumentiert. Die Hauptthemen sind sehr unterschiedlich. – Auf Anfrage kann ich gern noch mehr dazu sagen, aber ich weise darauf hin, dass auf unserer Homepage ausführliche Berichte über die Anliegen, die Beratungseinheiten und die Sachberichte der Beratungsstelle nachzulesen sind. – Wir sind der Ansicht, dass dieses Projekt in Berlin ein wichtiges und weiterhin notwendiges Teil zur Förderung der Teilhabe dieser Zielgruppe ist. Es ist ein empfehlenswertes Beispiel für andere Städte und – warum nicht? – auch für andere Länder.

Die Anlaufstelle bei Amaro Foro ist bereits ein etabliertes Angebot in den Communities und wird als Informationspunkt stark von der Zielgruppe und den staatlichen Institutionen nachgefragt. – Ich bin gespannt auf Ihre Fragen und stehe gern zu deren Beantwortung zur Verfügung. – Vielen Dank!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Herr Ivanov! – Bitte, Frau Arion, Sie haben das Wort!

Christina Arion (Phinove e. V.): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich an dieser Stelle für Ihr Interesse an diesem Thema bedanken und dass ich heute über unsere Arbeit in der mobilen Anlaufstelle berichten darf. Für mich ist das ein Zeichen, dass Sie unsere Arbeit und die Interessen der Betroffenen politisch weiter unterstützen möchten. – Ich werde heute über die Arbeit berichten, die wir als Team gemeinsam bei südost Europa Kultur e. V. zwischen 2010 und Ende 2014 geleistet haben. Dabei werde ich in den nächsten fünf Minuten chronologisch vorgehen, aber zuerst möchte ich über den ursprünglichen Auftrag sprechen.

Der ursprüngliche Auftrag lautete, uns einen Zugang zur Zielgruppe zu verschaffen, um ihr besser helfen zu können. Es ging um eine Zielgruppe, die uns zwar unbekannt war, aber im Straßenbild sehr stark zu sehen war. Und wir wollten uns diesen Zugang auch verschaffen, um diesen Menschen die vorhandenen Strukturen der Regeldienste vermitteln zu können. Es ging uns um die Hilfe bei der Klärung der Zuständigkeiten und darum, zu erfahren, wie diese Menschen leben, wo sie arbeiten und wo sie wohnen. Wir haben zunächst in Erfahrung gebracht, dass die Zielgruppe schwer zu vermitteln war. Aufgrund der fehlenden Sprachkenntnisse und der fehlenden Orientierung in der deutschen Gesellschaft haben wir unklare Zuständigkeiten in den Regeldiensten sowie teilweise fehlende Anmeldungen für viele Familien festgestellt.

Bezüglich der Wohnsituation haben wir erfahren, dass die Zielgruppe keinen Zugang zum offiziellen Wohnungsmarkt hatte, aber stattdessen einen Anschluss an den inoffiziellen Wohnungsmarkt gefunden hat. Teilweise haben die Menschen in ihren heruntergekommenen Wohnungen gewohnt, die ihnen von den sogenannten gemeinnützigen Vereinen zur Verfü-

gung gestellt wurden, allerdings zu horrenden Preisen von bis zu 20 Euro pro Quadratmeter (kalt). Oder sie wohnten in heruntergekommenen Wohnungen, die von privaten Immobilien GmbHs vermittelt wurden, die allerdings genauso horrende Preise von den Menschen haben wollten.

Wir stellten fest, dass viele dieser Menschen weder lesen noch schreiben konnten und auch keine Qualifikationen hatten, weshalb sie auf dem Berliner Wohnungsmarkt nur schwer zu vermittelt waren. Was die gesundheitliche Situation angeht, so hatten viele dieser Menschen und Familien keine Krankenversicherung. Unsere Vorgehensweise beinhaltete das Aussuchen der sozialen Arbeit, die Vermittlung der Regeldienste, die muttersprachliche Begleitung, die Orientierung der deutschen Gesellschaft, die soziale und juristische Beratung sowie die Vernetzung auf der Bezirksebene. Wir haben gemeinsam in den Bezirken neue Netzwerke geschaffen, um für diese Zielgruppe eine Sensibilisierung in allen Gremien der Bezirke zu schaffen.

Was von dieser viereinhalb Jahre andauernden Arbeit wichtig geblieben ist, das sind die offenen Fragen bezüglich der wohnungslosen Menschen, die apparent außerhalb jener Zuständigkeit leben und nirgendwo zusammengefasst sind. Aus den Vorgängen von vor zwei Jahren haben wir erfahren, dass diese Menschen an Orten wie der Gerhart-Hauptmann-Schule und an der Cuvry-Brache gelebt haben, zusammen mit sehr vielen Kindern, und zwar – wie gesagt – ohne Zugang zur Krankenversicherung, zum Arbeits- und zum Wohnungsmarkt.

Unser Interesse liegt darin, dass wir weiterhin bei der Klärung der Zuständigkeitsfragen nach SGB II und XII helfen, weil wir davon ausgehen, dass in Deutschland keine zuständigkeitsfreien Räume für diese Zielgruppe existieren müssen und die Betroffenen nicht im institutionellen Sumpf versanden. – Ich freue mich später auf Ihre Fragen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Arion! – Als Letzter hat Herr Petraschek das Wort. – Bitte sehr!

Frank Petraschek (Caritasverband für das Erzbistum Berlin): Guten Tag! Auch von mir vielen Dank für die Einladung! – Mein Name ist Frank Petraschek. Ich bin beim Caritasverband als Regionalleiter geschäftsführend tätig, unter anderem für den Bereich Migration und Wohngesellschaftshilfe.

Wir als Caritasverband haben uns für dieses Projekt beworben, weil wir strategisch entschieden haben, dass wir uns für Flüchtlinge und Roma stärker engagieren wollen. Die Motivation dafür liegt zum einen in unserem Auftrag als katholischer Träger. Dazu gibt es eine klare Positionierung der Katholischen Kirche und ein Positionspapier der Deutschen Bischofskonferenz, die auch von uns ein stärkeres Engagement fordert, dem wir uns stellen wollen. Wir verfügen in Berlin über eine mehr als vierzigjährige Erfahrung in der Migrationsarbeit und haben auch mit dieser Zielgruppe diverse Erfahrungen gemacht. Wir haben gute Netzwerke in den Bezirken, sowohl über die Liga als auch die Träger. Ein weiterer Punkt, der uns zu dieser Arbeit motiviert, ist, dass wir als Caritas durch Verbände und Organisationen auch in den osteuropäischen Ländern international gut vernetzt sind.

Das ist für uns als Träger auch ein Thema der interkulturellen Öffnung. Wir wollen noch stärker Mitarbeiter anderer Nationalitäten zu uns bringen, und da ist dieses Projekt für uns eine

gute Möglichkeit. – Ich hatte noch ein kleines Handout vorbereitet, aber ich vermute, dass das nicht mehr alle erreicht hat, sodass ich aufgrund der Kürze der Zeit nur noch einige Punkte vortragen möchte.

Wir haben die mobile Anlaufstelle in einem Interessensbekundungsverfahren an uns gebunden und zum 1. Februar 2015 mit der Arbeit begonnen. Die Zielsetzung, die wir mit dieser mobilen Anlaufstelle verfolgen wollen, bietet – das ist eben schon angeklungen – eine Brückenfunktion in die Regeldienste und verschafft der Zielgruppe die Möglichkeit, dort anzukommen. Das wirft die Frage auf, der wir uns stellen wollen: Wie lange sind die Menschen bei uns in der Beratung? Dabei wird deutlich, dass der Bedarf steigt, und auch die Mittel, die dafür eingesetzt werden, sind gestiegen. Gleichzeitig müssen wir sehen, dass die Kapazitäten begrenzt sind und dass wir auch in der Beratung eine Endlichkeit herstellen müssen.

Zur Umsetzung: Wir haben in einem Auswahlverfahren ein Projektteam zusammengestellt. Dazu gehören insgesamt zehn Personen, die sich aus der Projektleitung, der Verwaltung sowie fünf Beraterinnen und drei Begleiterinnen zusammensetzen. Es ist uns gelungen, die wichtigsten Sprachkompetenzen in diesem Team zu vertreten. – Falls Sie dazu Fragen haben, gehe ich gern noch näher darauf ein. – Wir haben einen großen Wert darauf gelegt, dass die Kolleginnen und Kollegen auch Erfahrungen im Umgang mit dieser Zielgruppe haben. Eine Grundlage unserer Arbeit wird die Vernetzung in die Bezirke sein, gemeinsam mit allen Akteuren in diesem Bereich sowie den anderen Trägern und Migrantenselbstorganisationen.

Zum Zeitablauf: Wir sind – damit Sie das auch mal das sehen, was wir gerade tun und in den nächsten Wochen im Aufbau vorhaben, denn ich sitze hier als Vertreter eines neuen Angebots, eines neuen Trägers – am 1. Februar 2015 gestartet und in der Levetzowstraße 12 a ansässig. Wir haben Räumlichkeiten im Gebäude der Zentralen Anlaufstelle für Wohnungslose in Berlin-Mitte gefunden, worüber wir sehr froh sind. Dort findet eine Sprechstunde statt, und wir haben jetzt auch mit der mobilen Beratung und Begleitung angefangen. Gleichzeitig ist Frau Seiler, die Projektorganisatorin, dabei, und es haben schon erste Termine mit den Bezirken und Integrationsbeauftragten stattgefunden, um mit den AGs für Roma oder Zuwanderer – je nach Bezirk – Kontakt aufzunehmen.

Bei diesem Schritt ist es uns wichtig – ohne das Rad neu erfinden zu wollen –, dass wir uns in dieser ersten Phase die Zeit nehmen, um uns noch einmal die Bedarfe vor Ort genauer anzusehen und explizit auch noch einmal mit den Bezirken darüber ins Gespräch zu kommen. Wir hatten am Dienstag dieser Woche bereits ein Auftaktgespräch mit allen Integrationsbeauftragten. Da wurde deutlich, dass die Bedarfslagen in den Bezirken unterschiedlich sind, und diesen Ideen, dieser Dehnungsfuge, müssen wir uns als Träger zwischen dem Kostenträger und den einzelnen Bezirken stellen. Im März werden wir gemeinsam – ich gehe davon aus, dass wir das gemeinsam machen – eine Kick-off-Veranstaltung durchführen, mit unserem Kooperationspartner, der Verwaltung und allen Bezirken, um komplett vorzustellen, wie wir gemeinsam vorgehen wollen. Wir haben vor – ich bin optimistisch, dass wir den im März konstituieren können –, einen Beirat mit Vertretern aus der Politik, des Kostenträgers, aus Wissenschaft und Selbstorganisationen zu gründen, um dieses wichtige Projekt für Berlin transparent und fundiert begleiten zu können. Das ist unser großes Anliegen. – Gefühlt bin ich unter den genannten fünf Minuten geblieben. Sie haben mir kein Zeichen gegeben, aber ich bin jetzt mit den Schwerpunkten durch.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Ich wollte Ihnen gerade ein Zeichen geben, aber gut, das hat alles wunderbar geklappt. Nein, eine Minute kriegt jeder natürlich noch dazu, das ist klar. Vielen Dank erst mal, dass Sie alle drei in der Zeit geblieben sind. Damit wäre sozusagen die erste Vorstellungsrunde erledigt. Sie sehen gerade, es gehen Letter durch, das ist dieses Handout, diese beiden Blätter, die Sie heute mitgebracht haben, und deshalb werden sie jetzt gerade verteilt. – Noch mal für die Kolleginnen und Kollegen: Jeder und jede bitte nur zwei Blätter. – Ja, Herr Spies, zwei. Die müssen auch unterschiedlich aussehen, und dann stimmt das am Ende auch, die sollen nämlich hier bei Herrn Dregger als Letzten auch noch mal so ankommen, dass er das auch bekommt. Es wäre schön, wenn das klappen würde. – Wir kommen zur Stellungnahme des Senats, wenn es denn gewünscht wird. Ich nehme an! – Frau Staatssekretärin Loth, bitte sehr!

Staatssekretärin Barbara Loth (SenArbIntFrau): Wie Sie alle freue ich mich natürlich auch ganz besonders, dass Sie heute die Möglichkeit haben, diese wirklich sehr gute Arbeit der Anlaufstellen noch mal persönlich auch erläutert zu bekommen. Sie stellt, wie Sie sicher wissen, ein zentrales Element unseres Aktionsplanes zur Einbeziehung ausländischer Roma dar. Ich bin wirklich stolz, dass es nicht nur bundesweit, sondern europaweit als Vorzeigeprojekt gesehen wird. Wie eben auch schon von Herrn Ivanov erwähnt, gibt es diese Anlaufstellen schon seit 2010, und sie haben im Wesentlichen drei Funktionen, das heißt, wichtig ist die von den drei Vertretern eben auch dargestellte Lotsenfunktion. Und zwar soll eben im Wesentlichen zwischen Regeldiensten und der Zielgruppe vermittelt werden.

Ich möchte einfach noch mal betonen, dass eben diese drei Funktionen so wichtig sind, nämlich die Erstorientierung, dass wirklich die Menschen da, wo sie sind, die Möglichkeit haben, dass sie jemand anspricht, um gemeinsam mit den Menschen vor Ort zu erläutern oder zu überlegen, was konkret für Bedarfe bestehen. Aber was eben auch sicher wichtig ist, ist die Konfliktintervention, die Herr Ivanov eben auch noch mal angesprochen hat, die jetzt gerade im Zusammenhang mit diesen Immobilien, die Sie auch noch mal geschildert haben, doch sehr notwendig ist. Ich kann nur sagen, dass Sie da sehr gute Arbeit vor Ort leisten. Man kann echt sagen, es ist so eine Art Notfallteam, das Sie da wirklich bereitstellen. Vielen Dank an dieser Stelle, auch dass Sie so schnell da sind und so kompetent und auch so, sage ich mal, passgenau helfen, denn jeder Fall ist anders, und das machen Sie sehr gut. Aber Sie begleiten eben auch die Menschen, denn wir wissen, es ist oft schwierig für die Menschen, zu den Ämtern, zu den Schulen usw. zu gehen. Es sind nicht nur die Sprachkompetenzen, die fehlen, es sind auch oft die Ängste, die die Menschen vor Behörden haben, die nehmen Sie den Menschen, und daher ist diese Arbeit auch so wichtig. Für uns ist es mit anderen Worten die Basisarbeit, um mit der, wie wir immer so schön sagen, Zielgruppe – Sie haben das Wort auch verwendet – zu arbeiten.

Wir wissen, die meisten kommen zurzeit aus Rumänien und Bulgarien, einige auch aus Polen. Wir sehen darin wirklich ein geregeltes Ankommen von neu Zugewanderten. Wir sehen darin einen wirklich geregelten Aufbau des Zugangs. Wir sehen darin vor allem den ersten Schritt zu einer Teilhabe. Das ist unser Ziel, dass nämlich die Menschen an unserem gesellschaftlichen Leben teilhaben. Wir sehen aber auch Ihre Arbeit als sehr wichtig an, wenn es um die Sensibilisierung der Öffentlichkeit geht. Wir wissen, wir haben noch mit sehr vielen Vorurteilen zu kämpfen. Auch da setzen wir an, wie Sie wissen, in dem Aktionsplan, aber auch da ist Ihre Arbeit immens wichtig, genau diese Sensibilisierung vor Ort herzustellen. Ich nenne immer das positive Beispiel der Nachbarschaftsfeste, die Sie dann zum Beispiel organisieren,

oder die Konfliktintervention mit sogenannten Altmietern, die dann einfach auch lernen, ja, es ist ein ganz normales Zusammenleben möglich. Das ist genau die Sensibilisierung, die wir vor Ort brauchen.

Insofern freue ich mich, dass Sie da aktiv sind. Wir haben ja zugesehen, das haben Sie eben mitbekommen, dass wir auch die gesamte Stadt mit den Angeboten abdecken und kann nur sagen, dass wir die Arbeit wirklich sehr schätzen und auch bereit sind, hier eine Mittelverstärkung vorzunehmen. Wir sind in der glücklichen Lage, dass wir Bundesmittel hierfür zur Verfügung gestellt bekommen. Die werden wir da auch einsetzen. – So viel von mir aus erst mal.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin! – Und wir kommen zur Aussprache. Auf der Redeliste stehen bereits Herr Lehmann, Frau Breitenbach, Frau Dr. Kahlefeld und Herr Dregger. In dieser Reihenfolge geht es dann also weiter. – Herr Lehmann, bitte!

Rainer-Michael Lehmann (SPD): Danke, Frau Vorsitzende! – Erst mal Ihnen auch herzlichen Dank für Ihre Beiträge und auch Danke schön für die geleistete Arbeit und auch schon mal Danke schön für die zukünftig zu leistende Arbeit, denn die Arbeit wird ja beibehalten werden. Sie ist weiterhin eine Herausforderung, gerade auch, wenn man sich die Beratungszahlen natürlich aufgrund der Flüchtlingsströme anschaut. Und wenn diese auf hohem Niveau bleiben, und das wird ja wahrscheinlich in nächster Zeit auch so sein, ist natürlich die Beratungstätigkeit enorm wichtig und eine große Herausforderung. Deshalb auch die Frage an Sie, Sie haben ja auch gesagt, dass Sie die Menschen begleiten, auch zu Institutionen, zu Behörden, und da würde mich mal interessieren gerade auch in Punkt der Berliner Verwaltung und da insbesondere der Ausländerbehörde: Was haben Sie so für Erfahrungen mit der Ausländerbehörde gemacht? Die befindet sich momentan gerade im Umbruch. Mich würden Ihre Erfahrungswerte interessieren, ob Sie diese Wahrnehmung auch schon haben, dass sich die Behörde eben hier anders aufstellt oder wie generell die Erfahrungen sind, wenn Sie die Personen mit begleiten dabei? – Danke schön!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Frau Breitenbach, bitte!

Elke Breitenbach (LINKE): Ich will schon noch mal einen Schritt zurückgehen. Der Tagesordnungspunkt heißt: Arbeit der Anlaufstelle für europäische Wanderarbeiter und Roma in Berlin. Das war tatsächlich auch im Jahr 2010 der Hintergrund, als unter Rot-Rot diese Anlaufstelle geschaffen wurde, dass wir damals davon ausgegangen sind – es war die Zeit der Fensterputzer an den Ampeln, sage ich mal, wo diese Stelle geschaffen wurde –, das sind tatsächlich Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter. Das war die Grundlage. Wenn man von Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeitern ausgeht, ist dann tatsächlich die Lebenssituation hier auch nicht schön, aber die Problemlagen sind andere und geringere, als wenn ich es mit Menschen zu tun habe, die hier einwandern, im Übrigen nicht als Flüchtlinge, sondern im Rahmen jetzt soundso der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit und die sich hier eine neue Lebensperspektive aufbauen wollen.

Ausgestattet wurden die Projekte aber tatsächlich für die Arbeit mit Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter, also Menschen, die wieder zurückgehen. Das hat die Staatssekretärin eben schon auch noch mal deutlich gemacht, dass man in der Zwischenzeit davon gar nicht mehr ausgeht, dass allen auch klar ist, die Menschen bleiben hier, wollen sich hier ein Leben auf-

bauen. Ich finde an dieser Stelle müssen wir aber schon noch mal sagen, wir haben damals mit unserer Einschätzung einfach grandios danebengelegen. Insofern freut es mich jetzt auch noch mal, dass Frau Loth gesagt hat, es wird eine Mittelverstärkung geben, so habe ich das verstanden. Da kann Frau Loth vielleicht noch mal etwas Genaueres zu sagen, denn ich glaube an diese Mittelverstärkung nicht. Das ist auch noch mal an den Unterlagen deutlich geworden, die hier vorliegen. Die Mittelverstärkung ist nötig, weil es tatsächlich darum geht, Menschen umfassend zu beraten, und das konnten wir alle nachlesen von Arbeit, über Schule zu Gesundheit, also für alles, was so im Leben vorkommt und passiert, was wir kennen, brauchen diese Menschen Beratung und Unterstützung, und um das zu leisten und wenn wir immer von guter Arbeit reden, wir sind hier auch im Arbeitsausschuss, müssen diejenigen, die diese Arbeit leisten, auch irgendwann mal so am eigenen Leib erfahren können, was gute Arbeit ist. Ich glaube, die Verantwortung haben wir auch alle, und es hat auch etwas mit der Wertschätzung zu tun, weil Sie tatsächlich bisher eine sehr gute Arbeit geleistet haben und die auch weiterhin leisten.

Bei Amaro Foro auf der zweiten Seite, da schreiben Sie noch mal, und das haben mir auch alle Anzuhörenden noch mal deutlich gemacht, dass es einfach, wie Sie schreiben, bestehende soziale Misslagen gibt. Das, finde ich, ist noch höflich ausgedrückt, was die Lebenssituation der Roma hier angeht. Und Sie sagen, dass einfach durch eine Stärkung der Erwerbsperspektive und eine Orientierung im Bereich Bildung diese Misslagen auch aufgehoben werden können. Da ist einfach meine Frage: Welche Erwartungen haben Sie an die Berliner Politik, und was kann die Berliner Politik tun? Ich rede jetzt nicht von der Bundespolitik, dieses Problem mit den sogenannten sicheren Herkunftsländern und sowas, da können wir jetzt gerade nichts dran machen. Aber was können wir in Berlin machen und was ist notwendig, um die Situation noch mal zu verändern bzw. zu verbessern?

Dann habe ich noch eine Frage an Herrn Petratschek, ich weiß gar nicht, ob Sie was damit zu tun haben, aber das berühmte Neuköllner Modell der Aachener Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft, die kommt irgendwie aus Ihrem Verein, wenn ich das jetzt mal so sagen darf: Haben Sie mit denen etwas zu tun? Haben Sie Erfahrungen damit, oder können Sie etwas davon sagen? Und die zweite Frage ist: Kann sich die Caritas eigentlich vorstellen, frage ich jetzt einfach mal so, auch weitere solcher Wohnprojekte zu schaffen und sich dafür zu engagieren? Noch eine weitere Frage ist: Welche Erfahrungen haben Sie eigentlich bei der Arbeit mit den Jobcentern, wenn Sie die Menschen dorthin begleiten? Welche Erfahrungen haben Sie? Wie werden diese Menschen beraten? Wie wird Ihnen geholfen, hier in dieser Stadt Fuß zu fassen und einen Weg in die Erwerbsarbeit zu finden?

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Breitenbach! – Frau Dr. Kahlefeld, bitte!

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Vielen Dank! – Frau Loth hat noch mal dargestellt, wie wichtig Ihre Arbeit ist und ich glaube, wenn man nah an der Stadt ist und sich in der Stadt bewegt, dann kann man wirklich abschätzen, wie wichtig die Arbeit tatsächlich ist. Die Menschen brauchen eine Anlaufstelle. Es sind, wie Kollegin Breitenbach gesagt hat, nicht mehr die Wanderarbeiter, sondern Menschen, die hier bleiben wollen, aber die einfach die Hilfe brauchen, um an die Regeldienste zu kommen, um mit dem Wohnen fertig zu werden. Da ist Ihre Arbeit ungeheuer wichtig.

Ich habe noch eine Frage an Amaro Foro. In der Kleinen Anfrage, die ich vor einiger Zeit gestellt hatte, habe ich gesehen, dass Sie eine ungeheuer hohe Zahl an Beratungen wuppen und dass Sie nicht nur Honorarstellen haben, sondern auch sehr viel mit Ehrenamtlichen machen. Das kann man nun nicht von jedem Träger verlangen, aber in dem Zusammenhang meine Frage: Welche Vorteile hat es eigentlich, wenn die MSO – eine Migrantenselbstorganisation – so etwas macht, die sich für ihre eigenen Leute engagiert? Das würde ich gerne noch mal von Ihnen hören. Dann hätte ich gerne, dass Sie noch mal etwas zu den Räumlichkeiten sagen, in denen Sie arbeiten, und in welchen Bezirken in Berlin Sie präsent sind, also unter welchen Bedingungen Sie Ihre Arbeit machen. Ich habe den Eindruck, wenn ich irgendwohin komme, wo es Probleme gibt, ist Amaro Foro immer schon da, und da hätte ich gerne einmal eine Erklärung dafür, wie das eigentlich funktioniert. Sie können sich ja nicht klonen, aber es ist tatsächlich so.

Herr Petratschek, Sie haben einiges schon gesagt. Ich wollte Sie auch fragen: Wo? Das mit der Levetzowstraße haben Sie jetzt erzählt. Das mit dem Beirat finde ich eine ganz tolle Initiative und eine sehr gute Idee. Ich wollte Sie noch mal fragen, wie Ihre Kooperationen aussehen, denn es ist ganz wichtig, die Menschen zu begleiten. Wenn sie ankommen, verändern sich ja auch die Bedürfnisse, also es geht erst ums Wohnen, ums Arbeiten und so, dann geht es aber auch um Schule usw. Wie sind Sie vernetzt? Sie arbeiten auch jetzt mit Amaro Foro zusammen, aber sicher haben Sie auch andere Partner in der Stadt. Wie sind Sie da im Stadtraum präsent? Sie haben gesagt, dass Sie sofort mit den Integrationsbeauftragten zusammenarbeiten, das finde ich auch einen guten Aufschlag, sich gleich mit denen, die an den Problemen dran sind, von Anfang an zusammenzusetzen, auch wenn Sie jetzt erst so kurz im Geschäft sind. Dann die Frage an die Verwaltung: Wer ist eigentlich Phinove? Warum bekommt ein Verein, der erst im letzten Jahr gegründet worden ist, Gelder, die bisher an Südost geflossen sind? Südost ist in allen Unterlagen zur Anlaufstelle von Ihnen immer als die Stelle gelobt worden, die den besten Zugang zur Zielgruppe hat. Das scheint ja plötzlich nicht mehr der Fall zu sein. Und zwar so radikal und so schlimm, dass man so eine wichtige Stelle wie die Anlaufstelle bei einem Träger zwischenparkt, bevor man sie dann in gute Hände gibt. Und was ist das für ein Träger, bei dem man Zwischenparken kann, wo auch Personal von Südost offensichtlich übernommen wird? Ist das ein geregelter Umgang, den Frau Loth für die Betroffenen angemahnt hat mit der Arbeit der Träger in dieser Stadt? Wie kann man das verantworten, dass wochenlang Menschen nicht wissen, wo sie sich hinwenden sollen? Was ist da wieder los? Wer steckt hinter Phinove? Die sind im Internet überhaupt nicht zu finden. Ich weiß, was für hohe Standards Sie immer haben, wenn Sie Gelder vergeben, was die Abrechnungen angeht, die Vorleistungen und das Ehrenamt und die müssen erst mal zeigen. Warum muss das Phinove nicht? Da wüsste ich gerne, welche Rolle da die Integrationsverwaltung bei diesem Trägerwechsel gespielt hat und wie das weitergehen soll.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Dr. Kahlefeld! – Herr Dregger, bitte!

Burkard Dregger (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich möchte mich auch für die Beiträge der Gäste bedanken. Ich habe eine Frage, um deren möglichst präzise Beantwortung ich bitte, damit wir verstehen können, was zielgruppengerecht notwendig ist. Ich würde gerne von Ihnen wissen, worin Sie die Besonderheiten des Beratungsbedarfs der Roma-Gruppe im Vergleich zu anderen Zuwanderergruppen sehen? Sehen Sie überhaupt einen Unterschied? Und wenn ja, in welchen Bereichen sehen Sie besonderen Beratungsbedarf? Das würde mich interessieren. – Danke!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Danke! – Herr Freiberg ist der Nächste. – Bitte sehr, Herr Freiberg!

Michael Freiberg (CDU): Danke, Frau Vorsitzende! – Erst mal natürlich Danke schön, Frau Arion! Folgende Frage habe ich: Sie hatten etwas angesprochen, was wir letztens schon mal sehr intensiv thematisiert haben, und zwar ist das das Wohnen. Wohnen ist ja doch, wenn man sich das mal so anschaut, im Leben ein sehr wichtiger Punkt. Das ist etwas für sich zurückgezogenes. Das ist etwas, wo man Sicherheit hat, wo man einfach Raum für sich persönlich hat. Das ist etwas hoch zu Schützendes, gerade wenn Menschen mit einer gewissen Vergangenheit aus Situationen kommen, hat das einen umso höheren Stellenwert, und da sehe ich schon noch einen beachtlichen Bedarf, Dinge in Berlin normaler zu regeln.

Sie hatten das jetzt vorhin so umschrieben, welche Missstände es da gibt. Hier hatten wir uns im Ausschuss unterhalten. Ich gebe das auch gerne noch mal zu Protokoll, weil es sowieso ein Wortprotokoll ist, dass ich dieses aufgegriffen habe und im Hauptausschuss auch die Senatsverwaltung um einen erweiterten Bericht gebeten habe, wo wir, ich sage mal, auch unsere schwarzen Schafe mal aufdecken, denn es macht keinen Sinn, immer zu sagen, da gibt es irgendwelche Grauzonen, das hilft den Menschen vor Ort überhaupt nicht. Ich komme aus Neukölln. Ich bin in der Stuttgarter Straße, und ein Haus weiter habe ich dann eben genau so eine Situation. Mich würden da noch mal konkretere Details von Ihnen interessieren, inwie weit Sie diese Missstände auch wirklich festmachen können. Sie haben sich da schon ein bisschen abstrakt verhalten, aber da, glaube ich, würde mich auch interessieren: Wo ist Ihre Erwartung? Was könnten wir da machen? Wo könnten wir auch als Verantwortliche in Politik, aber auch als Gesellschaft nicht nur sagen, das ist ja alles schrecklich, sondern wo können wir konkret auch helfen? Es gibt ja diese Hinweise – das eine Projekt wurde benannt –, inwie weit sich das hier erweitern könnte, aber auch die Frage der Aufgabe der städtischen Wohnungsbaugesellschaften, dafür haben wir sie unter anderem ja auch. Diese Rolle wäre für mich eine sehr interessante. Da würde ich gerne nähere Informationen haben, aber wie gesagt, auch schon konkret bezogen auf Bezirke, auf Kieze, auf Größenordnungen. Wie viele dieser schwarzen Schafe laufen herum, um diese Grauzonen zu betreiben?

Hinsichtlich der Frage von Herrn Lehmann, das ist natürlich eine sehr spannende Frage, die sicherlich dann in der nächsten Legislaturperiode auch bewertet oder nicht bewertet wird. Das wird man hinsichtlich der Arbeit der Ausländerbehörde in dem Zusammenhang sehen. Da muss man natürlich dann schauen, dass die Aufgabenstellungen der jeweiligen Verwaltung des Landes Berlins eine bestimmte Ausrichtung haben. Das nennt man die Zuständigkeit. Und die Zuständigkeit der Ausländerbehörde ist sicherlich nicht die des Jobcenters oder die eines Sozialleistungsverwaltungsinstituts. Das muss man da im Auge haben. Insofern freue ich mich auf die Beantwortung, die Sie jetzt geben werden.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Herr Freiberg! – Und als Letzter Herr Spieß, bitte!

Alexander Spies (PIRATEN): Da kann ich direkt anknüpfen, denn speziell die Situation der – ich sage es einmal – EU-Wanderarbeiter, das sind ja EU-Bürger, die hier nach Berlin kommen, um eben zu arbeiten. Da haben wir erst einmal die Situation während der Arbeitssuche. Wie sieht da überhaupt die Unterstützung aus? Und was mich speziell eben auch beschäftigt,

ist die Frage der Krankenversicherung, denn an sich müssten alle EU-Bürger eine Krankenversicherung haben, aber sie haben sie nicht. Woran liegt das? Was könnte man da machen, dass die Situation hier verbessert wird? Das gilt auch bei der Arbeitsaufnahme nach dem Modell, was viele Firmen fahren, also Selbständigkeit. Die melden die Selbständigkeit an, und dann arbeitet man irgendwie für 4 Euro auf einer Baustelle. Gibt es da überhaupt eine Chance, darauf einzuwirken, dass da eben zum Beispiel Mindestlohn in Zukunft auch gezahlt wird? Und wie weit kann man eben die Menschen an der Stelle auch unterstützen oder beraten? Meine wesentliche Frage ist: Wie sehen Sie die Situation der Gesundheitsversorgung?

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Und als Allerletzter in der ersten Runde, Herr Reinhartdt, bitte!

Fabio Reinhartdt (PIRATEN): Vielen Dank! – Wir haben jetzt schon umfangreiche Stellungnahmen und Fragen. Da würde ich jetzt auch nur einige wenige Punkte noch anschließen wollen. Zum einen schließe ich mal direkt an Herrn Freiberg an, der hat doch ein wichtiges Thema noch angesprochen, was wir hier auch schon mehrfach diskutiert haben, nämlich den Bereich Wohnen, der jetzt in den Anfangsstellungnahmen nicht so ausführlich zur Sprache kam und wo aus meiner Sicht eben auch seitens des Senats sicherlich noch die Aktivitäten ausbaubar sind. Was mich interessieren würde, es gab neulich einen Bericht bei Frontal21 zu Mietwucher und Wohnausbeutung. Da ging es unter anderem um Frankfurt Oder und katastrophale Wohnsituationen, wo eben auch Roma-Familien letztendlich ausgebeutet wurden. Sind Ihnen da aktuelle Erkenntnisse auch bekannt, denn Sie haben vor allem eben auch die Vergangenheit referiert? Und gibt es da auch die Möglichkeit, durch die Beratungsangebote darauf einzugehen? Gibt es andere Aspekte, die Ihnen wichtig wären? Wir hatten hier mal über das Thema Aberkennung von Gemeinnützigkeit von Vereinen gesprochen. Auch da sind die Aktivitäten bisher gering. Ich glaube, zwei Vereinen wurde bisher die Gemeinnützigkeit aberkannt. Gibt es neben dieser Möglichkeit noch andere Möglichkeiten, in diesem Bereich eben vorzugehen oder speziell im Bereich Wohnen noch andere Unterstützungsangebote zu kommen zu lassen?

Dann hatte ich noch den Punkt: Mobile Anlaufstelle, mobile Unterstützung. Das ist jetzt mehrfach dezent durchgedrungen, unter anderem eben auch auf der Seite 3 der Caritas, mobile Beratung, aufsuchende Arbeit. Da würde mich einfach noch mal ganz kurz interessieren, wie sieht denn das konkret aus, dieses Mobile, ist das dann irgendwie wirklich ein Fahrzeug? Was heißt das konkret in der Praxis? Das wäre jetzt grundsätzlich auch eine Frage an alle drei, aber eben auch vor allem an die Caritas. Und dann einfach nur aus Interesse: Sie hatten jetzt diese Möglichkeit angesprochen, einen Beirat einzurichten. Was wäre denn die Aufgabe dieses Beirates – eine ständige Information, so wie wir es jetzt im Ausschuss dann in der Versteigerung machen oder andere Formen? Und welche konkreten Zusammensetzungen sehen Sie da als Option? – Danke!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Das war die erste Frage- und Statementrunde. Dann kommen wir jetzt wieder zu den Anzuhörenden! Ich würde sagen, wir behalten einfach die Reihenfolge bei und beginnen mit Herrn Ivanov. – Bitte sehr, Sie haben das Wort!

Georgi Ivanov (Amaro Foro e. V.): Ich mache das auch mal der Reihenfolge nach. Zu der Frage, was wir für Erfahrungen mit der Ausländerbehörde haben, würde ich erst mal noch -- Wir arbeiten ja mit europäischen Staatsbürgerinnen, also wir haben mit rumänischen und bul-

garischen Staatsbürgerinnen zu tun. Wir hatten im Rahmen der Anlaufstelle meistens bis Anfang 2013 Auseinandersetzungen mit der Ausländerbehörde in Bezug auf die Erstellung von Freizügigkeitsbescheinigungen, die es zum Glück nicht mehr gibt, weil sie nur einen deklatorischen Charakter hatten. Und da konnten wir feststellen, dass die Ausländerbehörde die Leute genauso geprüft hat wie die Drittstaatler, sage ich mal. Jetzt haben wir in der zweiten Hälfte von 2014 gemerkt, dass es wieder mal öfter Kommunikation mit der Ausländerbehörde gab und das ist zum Beispiel eine Folge des Urteils des Europäischen Gerichtshofes in Bezug auf den Fall Dano im November 2014, was zum Beispiel auch die nächste Frage beeinflusst, glaube ich, wo das Jobcenter zum Beispiel Neuanträge direkt an die Ausländerbehörde meldet und dadurch ein Anstieg an verschärfter Verwaltungspraxis festzustellen ist. Also da fängt die Ausländerbehörde an, noch mal den Aufenthaltszweck zu prüfen. Und wir hatten auch Fälle, wo versucht wurde, das Aufenthaltsrecht zu entziehen. Und da mussten wir natürlich klagen.

Was die Erwartungen an die Berliner Politik sind, und Thema Bildung ist auch ein großes Thema, würde ich sagen: Der Verein Amaro Foro als Träger ist, sage ich mal, auch so ein bisschen skeptisch, was die Einschulung von neu in Berlin zugekommener Kinder ohne Deutschkenntnisse angeht. Genau da sind wir ein bisschen skeptisch, weil wir eben die Folgen dieser Art und Weise der Einschulung jeden Tag erleben. Die andere Erfahrungen mit dem Jobcenter: Es ist meistens so, dass es auch durch das Urteil vom Fall Dano meistens – – Es gab auch ziemlich viele Fälle, wo Anträge einfach nicht angenommen wurden und die Einzelfallprüfung einfach abgelehnt wurde. Solche Fälle haben wir auch gesammelt und versuchen, auch gezielt daran zu arbeiten. Am meisten ist mit diesen Sozialämtern gerade das Thema Obdachlosigkeit und Kostenübernahme für die Notunterkunft problematisch, denn da merken wir auch, dass das meistens von vornherein abgelehnt wird. Und da muss man sich stärker auseinandersetzen.

Was wir noch erwarten, ist vielleicht ein Stärkung der Roma-Organisationen oder die Repräsentanten der Roma in Bezug auf Beschaffung von Strukturen. Wir sind Migrantenselbstorganisationen, und wir wünschen uns natürlich eine starke Struktur, was natürlich auch mit Förderung zusammenhängt. Die ehrenamtliche Arbeit ist ein Teil der Migrantenselbstorganisationen, gerade Jugendselbstorganisationen. Die Anlaufstelle wurde am Anfang, sage ich mal, überwiegend ehrenamtlich aufgebaut und durchgeführt. 2014 hatten wir sieben Angestellte, auch in diesem Jahr sind diese sieben Stellen aufgestockt worden. Wir haben zwei Honorarstellen und dazu kommen, auch dadurch, dass wir mehrere Mitglieder im Verein haben, auch natürlich alle Bereiche für unsere Mitglieder offen sind, Leute aus dem Verein, die sich auch engagieren, die aber eigentlich keine Stelle oder Honorarstelle in dem Projekt haben.

Zu den Räumlichkeiten: Das ist auch ein ziemlich schwieriges Thema für uns. Wir sitzen am Wechselplatz in Neukölln, und wir haben dort zwei Räume und eine Küche und suchen seit circa einem Jahr Räumlichkeiten. Wir machen eigentlich die Erfahrung, dass uns viele Vermieter absagen – natürlich jetzt nicht konkret, sondern indirekt –, nachdem sie erfahren, womit wir uns beschäftigen. Ich hatte zum Beispiel die Frage bekommen, mit welcher Zielgruppe wir arbeiten oder so etwas. Wir bekommen aber Hinweise von Projektpartnern und suchen weiter und freuen uns auf weitere Hinweise.

Ich habe auch in der Stellungnahme in dem Papier, das herumgegangen ist, die Zahl der Beratungseinheiten angegeben. Die stehen auch in unserer Statistik.

Wir dokumentieren jede Beratungseinheit und wie wir das machen. Das sind auch die Vorteile, warum eine Migrantenorganisation das machen soll. Wir sehen das als unsere Pflicht, nicht nur als einen reinen Auftrag. Wir sagen immer, dass wir kein reines sozialpädagogisches Projekt sind, sondern dadurch, dass wir ein Verein von Roma und Nicht-Roma sind, sehen wir das als unsere Pflicht. Natürlich wollen wir eine Mit-Politik in Berlin und überall schaffen und haben und keine Für-Politik. Ein anderer Vorteil ist, dass der Zugang zur Community für uns keine Schwierigkeit ist. Ich möchte nicht vergleichen, aber dadurch, dass man selber zu dieser Community gehört, kann man leichter Vertrauen gewinnen.

Darüber hinaus soll eine Organisation, die sich selber repräsentiert, ein Vorbild sein und Leute powern können, sich politisch und gesellschaftlich weiter zu engagieren, Leute, die gestern Klienten waren, sind heute Mitglieder und Mitstreitende. – Die Themenfelder, die anliegen: Wir können der Statistik entnehmen, dass bei uns das größte Thema die finanzielle Situation der Klientinnen und Klienten ist. Ganz viele Leute haben Schulden, und das kommt natürlich von den anderen Anliegen auch. Das ist verbunden mit Wohnen, fehlende Krankenversicherung etc. Außerdem gibt es auch wichtige und kontinuierliche Themen Wohnen, Arbeit, Gesundheit etc. Die Besonderheit ist, dass wir in Muttersprache beraten und eine niedrigschwellige Beratung anbieten. Ich würde sagen, dass nicht alle Klientinnen und Klienten, die zu uns kommen, keine Krankenversicherung haben. Die Frage ist eher die Anerkennung der europäischen Krankenversicherungskarte in Deutschland generell. Es gibt viele Menschen, die mit einer Krankenversicherung kommen und mit dieser Karte, die aber nicht anerkannt wird. Dadurch werden Privatrechnungen ausgestellt, und dadurch verschulden sich die Leute wieder. Es gibt aber die Möglichkeit, sich in den Herkunftsländern krankenversichern zu lassen und diese Karte zu beantragen. Ob das weiterhin etwas bringt, ist eine große Frage. Das ist auch eine EU-politische Frage würde ich sagen.

Zum Thema Wohnen: Das ist ein riesiges Thema. Der Wohnungsmarkt ist in Deutschland sehr angespannt. Wir haben es mit einer Zielgruppe zu tun, die ziemlich stark von Vorurteilen betroffen ist. Da sehen wir die Notwendigkeit einer Rechtsberatung und natürlich die Sensibilisierung der Öffentlichkeit, mehr Aufklärungskampagnen und die Begegnungsangebote, also Aktionen, die alle zusammenbringen. Das sage ich aus Erfahrung. Wir hatten die Maßnahme zur Verbesserung der Wohnsituation in Nord-Neukölln. Dort wurde durch solche Maßnahmen die Spannung ein bisschen reduziert. Die Leute kamen in Kontakt mit Nachbarinnen und Nachbarn, die vor ein paar Wochen Unterschriften gesammelt haben. – Ich weiß nicht, ob ich etwas vergessen habe.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Wir haben auch noch eine zweite Runde. – [Burkard Dregger (CDU): Ich hatte eine Frage gestellt, die noch nicht beantwortet wurde!] – Herr Dregger!

Burkard Dregger (CDU): Meine Frage lautete, was die besonderen Beratungsbedürfnisse Ihrer Zielgruppe im Vergleich zu anderen Zuwanderergruppen sind. Was ist das Besondere? Was macht den besonderen Beratungsbedarf aus? Wo sind die großen Schwierigkeiten?

Vorsitzende Anja Kofbinger: Bitte!

Georgi Ivanov (Amaro Foro e. V.): Wie schon gesagt wurde, die Anlaufstelle soll als eine Brückenfunktion zwischen den Regeldiensten und der Zielgruppe dienen. Eigene Herausforderungen wurden schon dargestellt. Ich würde ergänzen, dass das Problem auch die institutio-

nelle Diskriminierung ist und dadurch sehr oft ganz viele Menschen immer wieder zu uns zurückkommen. Die Besonderheit ist in diesem Zusammenhang, dass das auf Verwaltungs-ebene, auf gesellschaftlicher Ebene usw. mehr Sensibilisierung benötigt.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Danke schön, Herr Ivanov! – Als Nächste, Frau Arion, bitte!

Cristina Arion (Phinove e. V.): Ich werde erst einmal an der Antwort, die Herr Ivanov gerade gegeben hat, anknüpfen, die besonderen Beratungsbedarfe für die Zielgruppe. An der Stelle möchte ich betonen, dass wir mit Großfamilien und Verbänden zu tun haben, die sich in einer sehr prekären Lebenslage befinden. Diese prekäre Lebenslage gab es auch in Rumänien. Viele dieser Problemkonstellationen wurden sozusagen nach Berlin transportiert. Die Menschen befinden sich in einer sehr prekären Lage. Einige von ihnen können sich aufgrund der Sprachkenntnisse selbst nicht helfen. Wir haben mit Großfamilien zu tun. Es ist sehr schwer, sie in reguläre Wohnverhältnisse zu vermitteln. Deswegen brauchen diese Menschen aufeinander abgestimmte Pakete und Maßnahmen, in die die ganze Familie einbezogen werden soll, als Unterstützung. Die Familien, die wir bis jetzt betreut und kennengelernt haben – ich rede nicht über alle Roma-Communities, ich kenne nicht alle Roma-Communities –, die Menschen, die sich in dieser prekären Lebenssituation befinden, benötigen diese aufeinander abgestimmten Pakete und Maßnahmen, die auf die ganze Familie wirken.

Bezüglich der Erfahrungen mit der Ausländerbehörde würde ich mich dem anschließen, was Herr Ivanov vorhin gesagt hat. Wir haben dieselben Erfahrungen, dass in der letzten Zeit erneut die Familien geprüft werden, ob sie freizügigkeitsberechtigt sind oder nicht. – Bezüglich der Frage von Frau Breitenbach zu den Wanderarbeitern: Ja, wir sind von Anfang an davon ausgegangen, dass viele der Familien hier nur kurzfristig sind. Es war so, dass sich einige Familien nur in den Sommermonaten hier aufgehalten haben und leider im Görlitzer Park, am Leopoldplatz und anderen öffentlichen Plätzen gewohnt haben. Wir haben im Laufe der Zeit auch entdeckt, dass wir über eine sogenannte versteckte Wohnungslosigkeit in Berlin haben, wo die Menschen und ihre Problemlagen hinter den vier Wänden versteckt haben. Wir haben durch aufsuchende Sozialarbeiter diese Menschen dort angetroffen wo sie gewohnt haben, bei Freunden, Bekannten, Hartz-IV-Empfängern, wo sie natürlich pro Matratze Geld bezahlt haben, aber auch in überfüllten und heruntergekommen Wohnungen. Außerhalb jener Zuständigkeit gibt es viele Kinder, die im Schulpflichtalter, aber von keiner Behörde bekannt und nirgendwo zusammengefasst waren. Im Laufe der Zeit haben wir festgestellt, dass diese Menschen hier Fuß fassen möchten und dass sie Hilfe brauchen, um sich hier entfalten zu können. Viele dieser Menschen haben viele Ressourcen. Sie haben viele intelligente Kinder, die in die Schule möchten. Am Anfang war es so, dass die Menschen kein Vertrauen zu den Regel-diensten hatten. Sie hatten Auslandserfahrungen gemacht, weil viele von ihnen vorher in Spanien oder Frankreich gelebt haben, wo sie vielleicht nicht so gute Erfahrungen mit den Regel-diensten gemacht haben. Zu Jugendämtern hatten sie kein Vertrauen, aber im Laufe der Zeit haben wir es durch die Sensibilisierungen und Anknüpfungen an Regelangebote geschafft, dass die Menschen Vertrauen zu den Regel-diensten bekommen haben.

Die Erwartung an die Berliner Politik ist, weiterhin unsere Arbeit zu unterstützen, vor allem im Bereich Wohnen und Bildung. Das sind die brisantesten Themen, die uns im Laufe dieser Arbeit vorgekommen sind. – Bezüglich der fehlenden Krankenversicherungen würde ich sagen, dass in Rumänien und Bulgarien vor allem die Roma-Familien eine strukturelle Diskriminierung bezüglich des Zugangs zur Krankenversicherung erfahren, dass viele von diesen

Menschen in den Herkunftsländern nicht krankenversichert sind. Deswegen müssen sie, wenn sie diese europäische Karte beantragen, damit sie zu diesem E 104-Formular kommen, damit sie hier in der Krankenversicherung aufgenommen werden, mindestens ein Jahr im Voraus bezahlt haben. Das geht leider in Rumänien nicht. Sie dürfen nur sechs Monate rückwirkend und sechs Monate im Voraus zahlen, bis sie das Formular E 104 haben. Hier vergeht die Zeit, ohne dass diese Menschen krankenversichert sind. Tatsächlich sind die Kinder in Rumänien frei versichert, aber wenn die Eltern nicht versichert sind, dann werden die Kinder auch nicht versichert. Wie gesagt, sie sind in Rumänien strukturell diskriminiert und werden hier, dadurch dass das nicht europaweit geregelt ist, auch weiterhin diskriminiert. Hier sollte man vielleicht politisch vorgehen und fragen: Was führt diejenigen, die in Rumänien keine Arbeit und irgendwo versichert waren – – Was kann man konkret machen, dass diese strukturelle Diskriminierung nicht mehr existiert?

Arbeit mit dem Jobcenter: Wir wissen, dass die Menschen, die auf der Straße leben und keine Arbeit haben, vom Jobcenter abgelehnt werden. Deswegen benötigen wir weiterhin juristische Beratung für die Menschen, die Anträge an das Jobcenter schicken, damit wir durch das Landessozialgericht für diese Menschen Leistungen nach SGB II bekommen und damit auch Unterkünfte nach SGB XII. – Warum die Migrantenorganisation für eine solche Arbeit wichtig ist: Ich bin sehr dafür, dass die Migrantenorganisation diese Arbeit fortsetzt. Wir haben in der Migrantenorganisation nicht nur die Sprachkompetenzen. Wir kennen die Situation in den Heimatländern. Wir haben durch die Sprache aber auch durch die Mentalität einen ziemlich guten Zugang zu der Zielgruppe. Die Vertrauensbasis ist sehr wichtig für unsere Zielgruppe.

Wohnen: Ich habe natürlich über die Situation berichtet, die wir in den vergangenen Jahren kennengelernt haben. Ein paar Stichworte dazu: Turmstraße 64, Scharnweberstraße, Genthiner Straße – das ist Ihnen ja bekannt – und viele andere Adressen in Neukölln. Nach unserer Erfahrung könnte ich sagen, dass diese Situationen in Berlin weiterhin bestehen. Nun braucht man natürlich in den Projekten genug Kapazitäten, solche Wohnobjekte zu entdecken. Wir haben mit Immobilien zu tun, die teilweise privat sind – wir reden jetzt über solche Privatimmobilien –, die solche Wohnobjekte haben, die meistens von hunderten Personen aus Rumänien und Bulgarien bewohnt sind, wo sich die Nachbarschaft weigert oder sich ständig beschwert, dass dort Lärm und Überbelegung ist. Meistens ist es so, dass diese Zustände deshalb so sind, weil sich die Wohnungen in einem so schlechten Zustand befinden, und dass, egal aus welchem Land die Menschen kommen, sich die Zustände dadurch auch verschlechtern. Noch dazu gibt es die Tatsache, dass für die Menschen aus Rumänien und Bulgarien kein Zugang zum Wohnungsmarkt existiert und sie natürlich keine andere Chance haben, als in solchen Wohnungen zu leben und Überbelegung usw. zu erfahren. Manche von ihnen sind dort angemeldet, und die anderen, die noch dazu kommen, sind Besuch. Das ist ein Zustand, der dadurch, dass die Zielgruppe keinen Zugang zum Wohnungsmarkt hat, weiterhin besteht. Wo Schrottimmobilien in Berlin existieren, gibt es auch diese Konstellationen.

Wir sind die Helfer, die Insider, und wenn wir solche Situationen erfahren, können wir das nicht sofort an die große Glocke hängen, denn wenn die Bauaufsicht oder das Wohnungsbauamt dahin kommen, verlieren diese Menschen ihre Bleibe, und das können wir nicht verantworten. Außerdem stehen wir unter Datenschutz, und wir überlassen es den Menschen, zu entscheiden, inwieweit sie sich – – Wir unterstützen, um gegen solche Zustände zu kämpfen und versuchen an den Schnittstellen in den Bezirken und bei den Auftraggebern Rat zu suchen, wie

wir solchen Vermietern Druck machen, damit sie diese Zustände verbessern. Wir müssen aber natürlich nach allen Seiten gucken, damit wir den Menschen nicht schaden.

Selbstständigkeit, Mindestlohn: Die Erfahrungen, die wir bis jetzt mit den Menschen gemacht haben, die selbstständig arbeiten, waren meistens sehr problematisch, weil in Berlin viele Menschen, die selbstständig arbeiten, bei sogenannten Sub-Sub-Sub-Sub-Unternehmen arbeiten. Es ist meistens so, dass die Menschen gar nicht wissen, bei welchem Sub-Sub-Sub-Unternehmer sie arbeiten. Sie haben heute 4 Euro die Stunde genannt. Ich kenne Leute, die 2,50 Euro die Stunde bekommen haben oder gar nichts, die ausgebeutet und deren Daten missbraucht wurden. In ihrem Namen wurden irgendwelche Firmen aufgemacht usw. Das sind ziemlich krasses Zustände, die aufgrund dessen – – Es ist für uns sehr schwer nachzuvollziehen, welche Sub-Sub-Sub-Unternehmen usw. – – Wir haben natürlich die Menschen an die Fachstellen weitervermittelt, damit denjenigen dort geholfen wird.

Die Mobilität der Anlaufstellen ist ein Thema, das mir sehr gut gefallen hat. Bis 2013 wurde die Zuständigkeit der beiden mobilen Anlaufstellen nicht so richtig abgegrenzt. Wir fahren überall hin, wo wir unsere Klienten haben, wo wir mitbekommen haben, dass unsere Hilfe gebraucht wird. Ab 2013 wurde das zwischen beiden Vereinen geteilt. Wir waren damals für die Bezirksämter Mitte, Reinickendorf, Lichtenberg, Charlottenburg-Wilmersdorf und – was habe ich vergessen – für sechs Bezirke zuständig. Wir sind mit dem Fahrrad oder der BVG unterwegs. Wir haben kein Auto. Wir agieren manchmal auch je nach Anfragen der Bezirke. Wenn wir angerufen werden und uns gesagt wird, da gibt es ein Wohnobjekt oder eine Gartenlaube, wo Menschen aus Rumänien oder Bulgarien leben, sind wir je nach Zeit und Personalkapazität dort hingefahren, um uns erst einmal einen ersten Blick über die Situation zu verschaffen und dann die Zuständigen anzurufen, und zu gucken wie wir weiter behilflich sein können. So sah unsere Mobilität aus. – Falls ich etwas vergessen habe? – –

Vorsitzende Anja Kofbinger: Haben Sie die Möglichkeit, das noch nachzutragen. Vielen Dank! – Herr Petratschek, bitte!

Frank Petratschek (Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V.): Vielen Dank für das Wort! – Ich versuche, mich an die Fragenreihenfolge zu halten. Herr Dregger! Sie hatten nach den Erfahrungen mit der Ausländerbehörde gefragt. – Im Rahmen dieses Projektes haben wir die noch nicht. Ich sage das jetzt der Vollständigkeit halber, weil wir erst neu anfangen. Wir haben das aus anderen Zusammenhängen, aber die tun bei diesem Thema nichts zur Sache.

Frau Breitenbach! Sie hatten gefragt: Wie ist die Erwartung an die Berliner Politik? – Mir ist an der Stelle wichtig: Wir sind als Wohlfahrtsverband aktiv, und uns ist sehr daran gelegen, die Themen, die wir in dem Projekt aufnehmen werden, auch in die sozialpolitische Diskussion aufzunehmen. Wir würden uns wünschen, dass wir die beginnende konstruktive Diskussion über die Situation der EU-Ausländer in Berlin insgesamt weiterführen. Das geht über das Thema, das wir jetzt hier besprechen, auch weit hinaus. Ich denke, das ist ein Thema, das Berlin als Drehscheibe sehr bewegen muss, und da wünsche ich mir diese Diskussion. Ein großes Thema wird sein – da kann Politik nur indirekt helfen, ich sage es aber trotzdem –: Wir reden sehr viel über Wohnraumversorgung und auch darüber: Wie kann man prekäre Verhältnisse auflösen, wenn man keine Alternativen bieten kann? Ein großes Thema ist, größere Immobilien für solche Projekte zu akquirieren. Wir haben viele Bedarfe. Es gibt viele gute Projektideen, teilweise aber auch Finanzierungen, aber adäquate finanzierte Immobilien sind ein

riesiger Engpass in Berlin. – Insgesamt ist der Übergang in die Regeldienste ganz konkret ein Thema. Wir sprechen sehr viel über Wohnen, und wir werden als Caritas ein Auge darauf werfen: Was ist mit den bezirklichen Möglichkeiten, mit ambulanter Wohnungslosenhilfe einfach reinzugehen? Wir haben eine hohe Expertise in dem Feld, und das werden wir konstruktiv umsetzen, nicht, um für uns Kostenübernahmen zu akquirieren, sondern um den Leuten zu helfen, wenn wir da reinwerfen. Das wurde verschiedentlich schon gesagt. Es soll eigentlich keine Zuständigkeitslücke geben, und da denke ich, gibt es eine große Möglichkeit der Hilfe.

Sie hatten nach dem Kontakt zur Aachener Wohnungsbaugesellschaft gefragt. – Ein Verein, wenn Franziskus der Kapitän ist, dann ja, ansonsten ist es eine eigene Gesellschaft. Das ist die Aachener Wohnungsbaugesellschaft, die, wie der Name sagt, aus dem Westen kommt. Das ist eine katholische Wohnungsbaugesellschaft, die sich aber speziell auch in Berlin sehr stark in diesem sozialen Feld engagiert. Wir haben als Caritas in der Harzer Straße zwei Jahre lang die soziale Beratung gemacht und haben sehr viele positive Erfahrungen miteinander sammeln können. Zu Ihrer Frage – ich spreche jetzt natürlich für die Caritas: Ja, wir sind offen für bedarfsgerechte Angebote auch in dem Segment. Die Harzer Straße ist ein Leuchtturmprojekt. Da hat man gesehen, dass man eine gewisse finanzielle Freiheit braucht. Ich denke schon, dass sich solche Projekte tragen können. Da sind wir auch wieder bei dem Thema Immobilien, die da oft ein Engpass sind. – Kontakt mit den Jobcentern war noch ein Thema. – Dazu kann ich aufgrund der kurzen Zeit, die wir erst dabei sind, noch nichts sagen.

Frau Kahlefeld! Sie hatten gefragt: Wie sind Sie vernetzt? – Zum einen – das ist auch eine Folie, die ich mit ins Handout gegeben habe – haben wir in den Bezirken die Migrationsdienste, mit denen wir eng vernetzt sind. Insgesamt sind wir in den Bezirken schon aktiv und verfügen über Netzwerke. Für uns ist es ganz wichtig, dass wir das Feld – ich mag den Begriff nicht so gerne, ich nenne es immer Bezirksligen, das klingt immer so nach Fußball – der kleinen Wohlfahrtsverbandsligen, es gibt die Wohlfahrtsverbandsliga auf Landesebene, aber auch in den Bezirken, stärker nutzen, um es einmal so zu sagen, um auch dieses Netzwerk noch weiter zu akquirieren, um den Leuten im Bezirk weiter helfen zu können. – Nicht zuletzt, das ist so, da haben wir unser Netzwerk, daran arbeiten wir auch intensiv, die Kirchengemeinden, die flächendeckend vertreten sind. Da werden wir auch eine Vernetzung herstellen, aber – ich sage das der Vollständigkeit halber – nicht in einem missionarischen Sinne, sondern in einem helfenden Sinne.

Herr Dregger! Sie hatten gefragt: Was sind die Besonderheiten der Roma-Gruppe? – Ich habe mir gerade so gedacht, das Ziel müsste es sein, dass es keine gibt. Diese ganz spezielle Beratung, die wir haben – das ist etwas, was Sie auch immer betonen –, ist ein exkludierender Vorgang, und die Frage muss natürlich sein. Ich kann aus der praktischen Erfahrung aus den Projekten natürlich etwas berichten, würde aber gerne noch einen Satz sagen. Ich war im vergangenen Jahr bei der Caritas in Rumänien und habe dort viele Roma in einem sehr weiten Spektrum von Menschen kennengelernt, die in sehr prekären Lebenssituationen sind bis hin zu einer jungen Frau, die mich sehr beeindruckt hat, eine promovierte Psychologin, die sich in diesem Feld bewegt. Wenn Sie fragen: Was ist die Besonderheit? – Die Besonderheit ist – ich kann jetzt nur über die direkte Erfahrung aus Rumänien berichten –: Es gibt eine Unterversorgung mit Bildung. Es gibt eine Unterversorgung mit Wohnraum. – [Zuruf: Ausgrenzen!] – Ich formuliere das jetzt so. Das kann man sicherlich auch anders formulieren, Frau Bayram. Das ändert sich natürlich nicht mit dem Grenzübergang. Die Menschen sind das auch gewohnt. Das

Sozialsystem in Rumänien ist, wenn es das dann so gibt, ein gänzlich anderes, und es gibt einfach diese Idee, dass man Hilfe in Anspruch nehmen kann. Dass man ein Recht auf Hilfe hat, hat da keine Tradition. – Nicht zuletzt die eine Unterversorgung: Es gibt eine regelhafte Teilnahme am Erwerbsleben. Das ist auch verschwindend gering nur zu sehen.

Herr Freiberg! Sie hatten das Wohnen und die Unterbringung angesprochen. – Dazu hatte ich gerade schon kurz etwas gesagt in der politischen Diskussion. Es ist die Aufgabe der Bezirke, und wir haben eine hohe Expertise in der Wohnungslosenhilfe und werden diese konstruktiv, aber auch kritisch einbringen und sehen, was wir für die Leute erreichen können.

Herr Spieß! Sie hatten nach der Krankenversicherung gefragt. – Das ist auch etwas, was uns motiviert hat, in das Projekt reinzugehen. Wir sehen, dass das Thema übergreifend ist. Da haben wir keine Exklusion von Roma. Es geht insgesamt um EU-Bürger, die teilweise ohne Versicherung sind. Teilweise mangelt es an den Mitwirkungsmöglichkeiten. Teilweise sind es auch hohe administrative Hürden. Wir sind auch Träger der Wohnungslosenambulanz am Bahnhof Zoo. Da sind wir seit drei Jahren spendenbasiert. Wir sind jetzt bei 90 Prozent EU-Bürgern, die es dort gibt, die diese Leistungen in Anspruch nehmen. An diese politische Diskussion knüpfe ich jetzt einmal ganz praktisch an. Wenn wir zuwendungsfinanziert wären, dürften wir das gar nicht. Dann dürften wir so nicht arbeiten. Ich sage das jetzt gar nicht moralisch, aber da wünsche ich mir eine politische Diskussion.

Herr Reinhardt! Ich habe die Sendung „Frontal21“ nicht gesehen. Ich kann mir aber vorstellen, was dort zu sehen war. Sie hatten konkret nach der mobilen Beratung gefragt. – Das eine ist die aufsuchende Arbeit. Wir werden vor Ort gehen. Das hat aber auch etwas damit zu tun. Wir werden mit den Bezirken sprechen, wie die Bedürfnislage ist. Teilweise gibt es ganz konkret den Bedarf von Bezirken, die sagen: Wir möchten eine Vorortspprechstunde haben. Teilweise sagen die Integrationsbeauftragten: Das ist nichts. – Konkret werden wir mit dem Achter-Team Klein-Teams bilden, die dann für einzelne Bezirke verantwortlich sind. Wir müssen zusehen, dass wir dann diese sprachlichen Zuschnitte gut hinbekommen. Aufsuchen heißt mobile Beratung. Wir haben diesen Punkt Levetzowstraße, aber wir werden sehr viel unterwegs sein. – [Zuruf] – Konkret die Frage: Mit der BVG, keine Autoerstattung.

Aufgaben und Zusammensetzung des Beirats: Wir sind bisher so zusammengesetzt, dass wir die Segmente, so wie ich sie gerade beschrieben habe, klar haben, und ganz konkret sollen die Aufgaben sein. Wir möchten eine fachliche Beratung haben und auch eine Feedback-Schleife im Sinne einer Auswertung und möchten mit diesem Beirat transparent und letztendlich natürlich auch im Sinne von Lobbyarbeit für die Zielgruppe, auch mit den Leuten, die dort sitzen, wirksamer sein können. – Das waren im Galopp die Antworten.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank für den Galopp! – Es gab auch konkrete Fragen an die Senatsverwaltung. – Frau Staatssekretärin Loth, bitte!

Staatssekretärin Barbara Loth (SenArbIntFrau): Es haben sich drei an mich gestellte Fragen herauskristallisiert. Falls ich eine Frage vergessen haben sollte, dann bitte ich Sie, noch mal nachzufragen. – Sie fragten, wie die Mittelverstärkung aussieht. Kurz zur Information: Sie erinnern sich, dass letztes Jahr aufgrund der Veränderungen der EU-Freizügigkeit die Staatssekretärskonferenz auf Bundesebene stattfand, die sich mit dem Thema Armutszuwanderung – so hieß das damals noch – befasste. Dabei ging es um die Frage, was man tun kann. Die Runde hatte zweimal getagt und kam zu dem Ergebnis, dass eine Mittelverstärkung für die betroffenen Kommunen notwendig ist. Das waren die sogenannten KdU-Mittel – ich möchte das jetzt nicht weiter ausführen, aber die Frau Senatorin hatte darüber berichtet. Wir sind in der glücklichen Lage, dass wir quasi 3,01 Millionen Euro an KdU-Mitteln zur Verfügung gestellt bekommen haben. Die Senatorin berichtete auch darüber, dass wir das hälftig aufteilen, nämlich zum einen an die Bezirke und zum anderen an unsere Senatsverwaltung, alles koordiniert von unserem Runden Tisch, zum Thema Umsetzung „Aktionsplan Roma“. Und ganz konkret gehen im Jahr 2015 noch mal zusätzlich 400 000 Euro in die Anlaufstellen. – So viel konkret zum Thema Mittelverstärkung.

Ansonsten wurde noch konkret gefragt, warum Frau Arion hier sitzt und kein Vertreter von südost Europa? – Ich kann nur sagen: Die Träger leben mit ihrem Know-how und den Menschen, die vor Ort tätig sind. Ich danke Frau Arion an dieser Stelle noch einmal für ihre außergewöhnlich gute Arbeit für südost Europa. Sie hat sich entschieden, dort nicht mehr tätig sein zu wollen, was wir akzeptieren. Insofern ist es umso schöner, dass wir ihr Know-how auch weiterhin nutzen können. Phinove leistet eine sehr gute Arbeit im Bereich Wohnen, aber ich schlage vor, dass Frau Arion selbst erzählt, was sie in diesem Zusammenhang konkret macht. Phinove ist für die Notunterkünfte tätig – das sind diese sechs Wohnungen, von denen Sie wissen –, die wir im Rahmen des Aktionsplans zur Verfügung gestellt haben. Allerdings sind noch weitere Projekte in Arbeit, und das sind die integrierten Wohnprojekte mit den Wohnungsbaugesellschaften.

Noch kurz zu Ihrer Information – Sie hatten noch mal die Krankenversicherung angesprochen: Hier wissen wir, dass das BMAS konkret mit Bulgarien und Rumänien spricht, um die Situation zu verbessern. – Ich glaube, dass ich damit alle Fragen beantwortet habe.

Ich fand es ein bisschen schade, dass Herr Ivanov nur so kurz über die Interventionsmöglichkeiten berichtete, die bestehen, wenn es eine entsprechende Situation bei den Immobilien gibt. Ich verfüge über einen netten Bericht von Ihnen, in dem konkret dargestellt wird, was Sie tun. Zum einen ist das die Mieterrechtsberatung, die dazu führt, dass Sie am Ende die Mieterrechte stärken, wenn Sie die Mieter beraten und die Menschen überhaupt erst einmal Mietverträge bekommen. Ich möchte betonen, wie wichtig diese Arbeit ist, neben den Punkten, um die wir uns kümmern, und dazu gehören die Notunterkünfte und integrierten Wohnprojekte. Sie erreichen damit, dass die Mieter langfristig an die Vermietungsgesellschaft angebunden werden. Sie unterstützen die Mieter bei den Gerichtsverfahren, wenn es zum Beispiel um eine fehlende Heizung oder Instandsetzung geht. Sie unterstützen die Mieter, wenn das Wasser abgestellt wird und bei vielem mehr. Das führt tatsächlich dazu, dass auch die privaten Immobilienbesitzer merken, dass man so nicht mit Menschen umgehen kann. Auch wenn andere Dinge, die hier genannt wurden, zu tun sind, glaube ich, dass gerade solche Vor-Ort-Arbeit auch langfristig wichtig ist, um diesen Vermieterpraktiken Einhalt zu gebieten. Dadurch, dass sie in der gesamten Stadt tätig sind und sich vernetzen, bekommen das die privaten Immobilienbesitzer mit. Ich hoffe, dass sich dann herumspricht, dass man so nicht mit Menschen umgeht.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Wir kommen jetzt zur zweiten Fragerunde, und es beginnt Frau Breitenbach. – Bitte, Sie haben das Wort!

Elke Breitenbach (LINKE): Vielen Dank! – Herr Petratschek! Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann war das ein Wink mit dem Zaunpfahl, Frau Loth, weil ich schon mehrmals hörte, dass die Wohlfahrtsverbände sehr wohl bereit wären – ob nun im Rahmen der Flüchtlinge, der Arbeitnehmerfreizügigkeit, des Roma-Aktionsplans oder der Wohnungslosenhilfe –, sich viel stärker zu engagieren, wenn es Rahmenbedingungen gäbe, die es zulassen würden, dass die Immobilien mit der entsprechenden Beratung, Betreuung und allem, was man für diese Zielgruppen braucht, aufgebaut werden. Deshalb meine Frage: Würden Sie das in den Senat mitnehmen? Und vielleicht könnten Sie uns auch noch etwas zu den Rahmenbedingungen sagen. Sie müssen das doch auch gehört haben, genauso wie wir das immer wieder hören.

Herr Velter ist leider schon gegangen. Ich hätte mir gewünscht, der für das Arbeitsressort zuständige Staatssekretär wäre noch geblieben, aber das ist er leider nicht. Deshalb geht auch meine nächste Frage an Frau Loth. Wir haben schon mehrmals über die Umsetzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit gesprochen. Die Senatsverwaltung sagt immer, dass in dieser Stadt alles großartig läuft. Immer dann, wenn wir Anzuhörende bei uns haben, sagen die etwas anderes und nennen konkrete Probleme. – Ich bleibe jetzt bei den Jobcentern, denn wir sind hier im Arbeitsausschuss, aber alle anderen Probleme werden auch noch genannt. Sie sagen immer wieder, dass es super läuft. Ich möchte gern von Ihnen wissen: Wann gedenken Sie, diese Probleme in den Jobcentern irgendwie zu regeln und dafür zu sorgen, dass diese Menschen, die hierher kommen, ihr Recht auf Arbeitnehmerfreizügigkeit wahrnehmen können? Wann wird diesen Menschen entsprechend geholfen? Ich weiß, dass Sie bei den Leistungen nach SGB II gar nichts machen können, aber in den Jobcentern werden nicht einmal die Anträge angenommen werden, und man ist dort nach wie vor nicht in der Lage, Dolmetscher zu stellen. Sie teilen auf alle Anfragen mit: Läuft super, machen wir! Das passiert jedoch nicht. Wenn Herr Ivanov jetzt sagt, Sie sammeln die Einzelfälle – weil Herr Velter immer sagt, ihr müsst mir Einzelfälle bringen, davon weiß ich nichts, alles läuft gut –, dann nehmen Sie das doch mal mit. Vielleicht können Sie der Senatsverwaltung behilflich sein, diese Einzelfälle weiterzugeben. Das ließe sich anonym machen, aber vielleicht wären die Betroffenen auch bereit, sich mit der Senatsverwaltung zusammenzusetzen. Sie würden denen sicherlich auch im Einzelfall auch einmal helfen und zeigen, wie es funktionieren kann. Aber vielleicht kann Frau Loth dazu auch noch einmal etwas sagen.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Bitte, Frau Dr. Kahlefeld!

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Vielen Dank! – Meine Frage wurde nicht beantwortet. Ich wollte nicht wissen, warum Frau Arion hier sitzt. Das weiß ich, sie kennt sich aus und hat interessanterweise über südost berichtet, aber wenig über die Arbeit von Phinove. Ich möchte wissen, wer bei Phinove im Vorstand ist. Ist das eine Migrantenselbstorganisation? Wie viele Leute arbeiten dort überhaupt? Welche Mittel hat der Senat an diesen Verein umgeschichtet? An welche Träger wird die Mittelaufstockung gehen? Dabei kritisiere ich nicht Ihre Arbeit, sondern ich kritisiere, wie der Senat mit den Trägern in dieser Stadt umgeht. Frau Loth! Sie sagten, so könne man nicht mit Menschen umgehen, aber ich finde, so kann man auch nicht mit Trägern umgehen. Also, ich möchte wissen: Wer ist Phinove? Wer sitzt dort im Vorstand?

Wie viele Leute arbeiten dort? Wie viele Menschen sind denn von südost dort rübergegangen? Ist das eine Ausgründung oder eine Gründung von Ihnen gewesen, um einen Träger zu haben, mit dem man besser zusammenarbeiten kann als mit den bisherigen Trägern? – Ich hätte gern konkrete Antworten zu diesen Fragen.

Es gab natürlich kein Interessensbegründungsverfahren, sondern die Anlaufstelle wurde südost ratzatz weggenommen. Warum eigentlich? Was ist denn da passiert? Hat da jemand ge raucht, oder ist dort schlecht abgerechnet worden? – Das sind die üblichen Gründe, wenn bei Trägern Mittel umgeschichtet werden. – Oder ist das etwas so Schlimmes, dass man es gar nicht sagen kann? Ich finde es drastisch, eine für diese Stadt so wichtige Stelle an einen völlig unbekannten Träger zwischenzuparken und hier nur noch auf Frau Arion einzugehen, die damit nichts zu tun hat, außer, dass sie das Ganze wahrscheinlich mal wieder gut gemanagt hat. Meine Kritik richtet sich an Sie.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Das ist klar geworden. – Bitte, Herr Reinhart!

Fabio Reinhart (PIRATEN): Vielen Dank! – Die Stellungnahmen und Antworten sind für mich umfassend und ausreichend gewesen, aber ich möchte noch einmal an das anknüpfen, was Frau Kahlefeld angesprochen hat. Vielleicht hätte ich das nicht in der Tiefe thematisiert, Frau Staatssekretärin Loth, aber Ihre offensichtliche Nichtbeantwortung der Fragen meiner Kollegin, die klar und dezidiert gestellt wurden, werfen offensichtlich neue Fragen auf, angesichts der Politik des Senats. Ich muss jetzt darauf bestehen, dass Sie mir zuhören, Frau Staatssekretärin, weil sich die Fragen, die eben schon angesprochen wurden, die Sie aber nicht beantwortet haben, speziell an Sie richten – auch wenn es mir leid tut, Sie mit Themen belästigen zu müssen, die Sie vielleicht nur peripher interessieren.

Wir haben mehrfach über die Politik des Senats gegenüber MSO's gesprochen und hatten mehrere Situationen, in denen Vereine offene Briefe geschrieben haben, beispielsweise dann, wenn es um die Finanzierung von Migrantenvvereinen ging oder um das Migrationsbudget, das zumindest leicht erhöht wurde, aber nicht in dem Maß, wie es gefordert war. Wir hatten mehrere Vereine, die sich schon ein wenig am Senat gerieben haben, und dazu gehörte auch südost. Dass Sie jetzt südost aus dieser Anlaufstelle herausnehmen und offensichtlich die auf der Hand liegenden Fragen einfach nicht im Ausschuss beantworten möchten, das ist eine Sache, bei der sich auch ein Außenstehender die Frage stellen wird: Was ist denn da los? Sind die Ihnen zu sehr auf den Keks gegangen? Haben die zu viel gefordert? Was war da das Thema?

Ich kann diese Fragen nicht beantworten, sondern mich nur meiner Kollegin Kahlefeld anschließen: Das ist keine Kritik an Ihnen! Ich gehe davon aus, dass Sie eine wunderbare Arbeit leisten und dass alle Vereine, die sich um Projektausschreibungen bewerben, dazu die Berechtigung haben und das auch mit einem guten und fundierten Konzept machen. Letztlich liegt es beim Senat, zu entscheiden, wer welche Zuschläge bekommt. Ich hoffe, dass das nach klaren Kriterien abläuft. Mir ist an dieser Stelle nicht klar, wie die Kriterien verlaufen sind. Insofern ergibt sich erst einmal ein Bild von jemandem, der davorsteht und fragt: Was da los ist? Gab es da einen Konflikt? Gab es möglicherweise einen Verein, der zu unbequem war und den man deswegen abgeschossen hat? Frau Loth! Sie müssen an dieser Stelle klar zu dieser Frage Stellung nehmen.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – In der zweiten Fragerunde sind in der Tat keine Fragen an Sie gestellt worden, sondern an die Verwaltung, deren Mitarbeiter sich glücklicherweise bereits um das Mikrofon gruppiert haben, sodass ich gleich das Wort an die Frau Staatssekretärin weitergebe. – Bitte, Frau Loth, Sie haben das Wort!

Staatssekretärin Barbara Loth (SenArbIntFrau): Ich nehme mal die Fragen von Herrn Reinhardt und Frau Kahlefeld zuerst, und zwar ging es noch mal um den Verein südost Europa. Phinove ist für etwas ganz anderes tätig. Wir haben uns entschieden, den gesamten Bereich der Anlaufstellen auf zwei Träger zu verteilen, die dort sitzen. Das sind Herr Ivanov und Herr Petratschek. Da gab es das Interessenbekundungsverfahren, und beide decken jetzt den gesamten Bereich der Stadt ab.

Frau Arion sitzt hier, weil vor 2015 der Bereich südost Europa die andere Anlaufstelle gemacht hat. Herr Petratschek berichtete zu Recht, dass er erst seit dem 1. Februar 2015 drin ist. Insofern möchte ich zunächst klarstellen: Frau Arion ist nicht mehr tätig, weder für Phinove noch für eine Anlaufstelle in Berlin oder ein anderes Projekt. Insofern hat südost Europa eine sehr gute Arbeit geleistet. Wir waren zufrieden und hatten kein Problem mit diesem Träger. Ich sage nur: Uns ist das Know-how wichtig, Frau Arion war die Leiterin dieser Anlaufstelle. Und Frau Arion hat sich entschieden, dort nicht mehr tätig zu sein. Das war einer von mehreren Gründen. Wir haben ein ganz transparentes Interessenbekundungsverfahren durchgeführt, das letztlich dazu geführt hat, dass die Caritas die Aufgabe von südost Europa übernimmt. Das ist der einzige Grund. Was Phinove macht und wie der Vorstand aussieht, würde ich gern an Herrn Schneider weiterleiten, weil er das konkret noch einmal ausführen kann.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Bitte, Herr Schneider!

Dr. Robin Schneider (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales): Vielen Dank, Frau Vorsitzende und Frau Staatssekretärin! – Ich möchte Ihnen kurz erläutern, dass der Hintergrund insbesondere darin besteht, dass wir in den vergangenen Monaten einen Träger gebraucht haben, der die wohnungspolitischen Projekte, die wir im Bereich der Maßnahmen des Aktionsplans zur Einbeziehung ausländischer Roma haben, bündelt. Wir haben mit Phinove einen Verein gefunden, der sich insbesondere von Migrantinnen und Migranten aus Rumänien konstituiert und eng mit mehreren Wohnbaugesellschaften vernetzt ist, die dort viele und Drähte haben. Dabei geht es nicht nur um die Aachener Siedlungsgesellschaft, sondern inzwischen auch um die GESOBAU und die Gewobag.

Die Beziehungen zu Stadt und Land sind inzwischen auch interessant geworden. Wir haben einen Träger gefunden, der für uns die notwendigen Einrichtungen, die wir haben, in den Notübernachtungseinrichtungen für obdachlose Roma-Familien haben, die die gesamte Durchführung, die Betreuung und das Clearingverfahren übernommen hat. Wir haben bei den integrierten Wohnprojekten, die wir in diesem Jahr mit 300 000 Euro aus Mitteln der Stadtentwicklungsverwaltung, des EFRE, in Auftragsbewirtschaftung übertragen bekommen haben, insbesondere Phinove beauftragt, diese integrierten Wohnprojekte zusammen mit den Wohnbaugesellschaften abzuwickeln und in Abstimmung mit uns durchzuführen. Diese Projekte sind, sowohl was die Notübernachtungseinrichtungen als auch – Frau Breitenbach, das war Ihre Frage – die integrierten Wohnprojekte angeht, selbstverständlich – –, das wissen wir. Wir haben keine Möglichkeit, dort flächendeckende und bedarfsgerechte Angebote zu machen, aber was wir dort tun und im Moment auch schaffen, das ist meiner Einschätzung nach,

dass wir Wege aufzeigen können, wie es tatsächlich klappen kann, dass Roma-Familien, die bisher keinen Zugang zum Wohnungsmarkt hatten, nach und nach integriert werden. Wenn die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften lernen und sehen, dass es mit einiger Begleitung klappt, dass die Familien gut in den Häusern und Quartieren ankommen, dann ist das ein Zeichen, das auch nachhaltig wirken wird.

Deswegen sind wir froh, dass wir mit den Mitteln, die wir haben – diese Mittel sind für die integrierten Wohnprojekte leider sehr begrenzt –, jetzt auch kommunale Wohnungsbaugesellschaften zur Verfügung stehen, die sich engagieren und es nicht mehr nur – wie in den vergangenen Jahren – mit der Aachener Siedlungsgesellschaft, einer katholischen Gesellschaft, die ohne staatliche Unterstützung dieses große Berliner Vorzeigeprojekt, das Fortuin Haus auf die Beine gestellt hat. Wir wollen diese positiven Erfahrungen nutzen und bei den kommunalen und anderen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften dafür werben, diesem Beispiel zu folgen.

Phinove, die mit den Aachenern viel zusammenarbeiten, haben für uns die Expertise erstellt, um diese Brücke zu den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften zu bauen. Das ist der Grund, warum wir uns dafür entschieden haben. Ich glaube, dass wir – was die Notübernachtungseinrichtungen angeht – den richtigen Weg gegangen sind, weil bisher die Instrumente der Wohnungslosenhilfe in Berlin für Familien nicht geöffnet waren. Die Roma-Familien lassen sich, wenn sie obdachlos sind, nicht nach Geschlechtern trennen. Da mussten wir eine neue Struktur finden, und in Abstimmung mit der Sozialverwaltung haben wir gesagt, dass wir versuchen werden, mit den Mitteln, die wir den Aktionsplan „Roma“ und zusätzlichen Mitteln, die wir von der Bundesregierung und künftig auch von der Europäischen Union erhalten werden, neue Projekte auf die Beine zu stellen, die diese Notübernachtungseinrichtungen für Familien in der Stadt sicherstellen, und zwar nicht im bedarfsgerechten Sinn, sondern indem wir zeigen, dass es Möglichkeiten gibt, das zu tun. Wir haben damit erst Ende letzten Jahres begonnen und inzwischen sechs Wohnungen, wobei wir versuchen, diese im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel auszuweiten. Wir werden das in diesem Jahr evaluieren lassen, sodass das für uns auch insgesamt wichtig wird, weil wir damit Möglichkeiten aufzeigen, die nicht nur für Berlin, sondern auch für andere deutsche und europäische Städte einen guten Weg aufzeigen. Es freut mich sehr, dass wir Frau Arion dafür gewonnen haben, dass sie die künftige Clearingstelle bei Phinove übernimmt. – Danke!

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Das erklärt aber noch nicht, wer Pinove ist. Ich hatte gefragt, wer dort im Vorstand tätig ist. – [Staatssekretärin Barbara Loth: Vielleicht können Sie die Frage wiederholen, Frau Kahlefeld?] –

Vorsitzende Anja Kofbinger: Genau! – Bitte, Frau Dr. Kahlefeld, Sie haben das Wort!

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Ich wollte wissen, wie viele Mitarbeiter dieser Verein hat, wer da im Vorstand ist und ob das eine MSO ist oder nicht, weil das ein neu gegründeter Verein ist. Oder haben Sie diesen Verein gegründet, um jetzt einen Ansprechpartner zu haben und die Mittel dorthin fließen zu lassen?

Dr. Robin Schneider (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales): Wir haben diesen Verein nicht gegründet. Der Geschäftsführer, Herr Berger, sitzt neben mir. Wenn Sie erlauben, dann sollte er Ihre Frage vielleicht selbst beantworten.

Anja Kofbinger (GRÜNE): Das wäre toll, denn er weiß wahrscheinlich, worum es geht. – Bitte, Herr Berger, Sie haben das Wort!

Daniel Berger (Phinove e. V.): Vielen Dank! – Ich möchte Ihnen einen kurzen Abriss über unseren Verein geben. Der Verein Phinove wurde tatsächlich nicht vom Senat als dessen Sprachrohr gegründet. – Ich bestehe auf diese Abgrenzung. – Er hat seine Wurzeln im Prinzip in der Aachener Siedlungsgesellschaft sowie in der Arbeit, die im Arnold Fortuin Haus gemacht wurde. Wir sind tatsächlich erst seit 2013 als Verein tätig, allerdings im Verein der Manager der Aachener Siedlungsgesellschaft mit Herrn Benjamin Marx, zuzüglich meiner Person und meiner Frau, die gleichzeitig auch noch bei der Aachener Siedlungsgesellschaft als rechte Hand von Herrn Marx arbeitet. Wir haben also die gesamte Expertise, die in das Arnold Fortuin Haus geflossen ist, in diesem Verein kanalisiert und wollen die Arbeit, mit der die Aachener gestartet sind, produktiv weiterführen und noch in andere Bereiche ausweiten.

Wir führen die Betreuung im Arnold Fortuin Haus für die Bewohner selbst durch. Dort haben wir Zugang zu 80 Roma-Familien. Die Expertise, die wir erreicht haben, haben wir für integrierte Wohnprojekte mit der Gewobag weitergeführt. Dazu betreuen wir ein Haus in der Scharnweberstraße. Das ist ein Problemhaus, in dessen Entwicklung wir meines Erachtens – auch nach der Evaluierung mit der Senatsverwaltung – große Erfolge vorweisen können. Dadurch haben wir zu weiteren Wohnungsbaugesellschaften Zugang. Die Kontakte von Herrn Marx, dem Manager der Aachener Siedlungsgesellschaft, eröffnen uns auch Zugänge zu anderen Wohnungsbaugesellschaften, beispielsweise zu der von Herrn Dr. Schneider erwähnten Stadt und Land und zur GESOBAU. Damit können wir die Erfahrungen, die wir gemacht haben, weitergeben, um den Wohnungsmarkt – das wurde von jedem Akteur als große Problemstellung genannt – für die Roma-Familien zu öffnen.

Aktuell sind wir – was die Struktur unseres Vereins betrifft – elf Mitarbeiter, die hauptamtlich arbeiten. Allerdings wird auch noch sehr viel ehrenamtliche Arbeit investiert. Unsere Mitglieder involvieren sich soweit wie möglich nicht nur durch die ehrenamtliche Arbeit, sondern auch durch eine finanzielle Unterstützung, sei es, dass wir jedes Jahr zum Beispiel Kulturreisen nach Rumänien ermöglichen, und zwar zum einen für die Bewohner des Arnold Fortuin Hauses, aber auch für Interessierte, die einen Kultauraustausch haben und sehen wollen, wie die Roma direkt vor Ort leben. Wir ermöglichen einmal jährlich Busreisen nach Rumänien und führen Bescherungen für die Kinder des Arnold Fortuin Hauses durch. Das alles sind integrative Maßnahmen, die der Verein mit der Unterstützung seiner Mitglieder durchführt.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Herr Berger! – Es waren noch zwei Fragen offen, sodass Frau Staatssekretärin Loth jetzt das Wort hat. – Bitte sehr!

Staatssekretärin Barbara Loth (SenArbIntFrau): Frau Breitenbach hatte gefragt, welche Rahmenbedingungen der Senat zum Thema Schrottimmobilien getroffen hat. – Ich kann nur betonen, dass sich der Senat dieser Problematik bewusst ist. Der heutige Tag hat gezeigt, dass wir versuchen, an allen Ecken dieser Problematik Herr zu werden. Ich glaube, dass wir uns da auf einem guten Weg befinden. Es ist nun mal nicht ganz einfach, denn wir haben nicht die Möglichkeit, gegen private Besitzer von Immobilien vorzugehen. – [Elke Breitenbach (LINKE): Meine Frage war eine andere!] –

Vorsitzende Anja Kofbinger: Es folgt eine kurze Konkretisierung von Frau Breitenbach, damit wir fertig werden. – Bitte sehr!

Elke Breitenbach (LINKE): Meine Frage bezog sich auf die Rahmenbedingungen, die dieser Senat schaffen müsste, damit sich die Wohlfahrtsorganisationen genau in diesem Bereich engagieren können. Sie brauchen Rahmenbedingungen, um landeseigene Immobilien zur Verfügung gestellt zu bekommen und darauf Wohnprojekte entwickeln können. Was wollen Sie da machen?

Vorsitzende Anja Kofbinger: Danke sehr! – Bitte, Frau Staatssekretärin!

Staatssekretärin Barbara Loth (SenArbIntFrau): Wie wir eben ausgeführt haben, befinden wir uns in einem engen Kontakt mit den Wohnungsbaugesellschaften. – [Elke Breitenbach (LINKE): Also, Sie wollen nichts machen?] – Ich denke, dass das sehr viel ist, und ich bin der Ansicht, dass das der richtige Weg ist. Insofern bin ich davon überzeugt, dass, wenn wir gute Projekte haben, diese nicht nur stadtweit sondern auch europaweit bekannt und anerkannt sind, wie das in unserer Stadt der Fall ist. Wenn wir diese Projekte auf unsere eigenen Wohnungsbaugesellschaften übertragen, dann wird das genau richtig sein. Und wenn es um andere Rahmenbedingungen geht, dann sind wir dabei, sie zu erarbeiten. Ich bin überzeugt, dass wir noch andere Lösungsmöglichkeiten finden werden.

Sie hatten nach der Zusammenarbeit mit dem Jobcenter gefragt. – Wie Sie wissen haben wir nicht nur das Projekt „Interkulturelle Öffnung der Jobcenter“, bei dem wir genau die Thematik besprechen, sondern wir haben auch das Rahmenarbeitsmarktprogramm. Das heißt, wir sind eng mit der Regionaldirektion verbunden, um genau diese Probleme aufzulisten. Selbstverständlich stehen wir auch im engen Kontakt mit Amaro Foro. Wenn dort konkrete Probleme benannt werden, dann werden wir sie in Runden wie dieser, mit der Regionaldirektion, selbstverständlich ansprechen. Insofern sorgen wir für eine mögliche Problemanalyse, für eine Vernetzung, und wir sind dabei, Lösungen zu finden.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Es steht niemand mehr auf der Redeliste, so dass ich davon ausgehe, dass alle Fragen beantwortet wurden. – Bitte, Frau Arion!

Christina Arion (Phinove e. V.): Ich möchte trotzdem Frau Dr. Kahlefeld eine kurze Antwort geben.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Selbstverständlich, gern!

Christina Arion (Phinove e. V.): Mein Name wurde heute hundertmal genannt. Es ist immer wichtig, von der Gerüchteküche wegzukommen, um für Transparenz und Klarheit einzustehen. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle eine Information geben, die Sie vielleicht nicht haben, wobei ich im Rahmen meines Teams spreche: Für uns war die Arbeit in der Anlaufstelle sehr wichtig, und sehr wichtig waren uns auch die 600 Familien, die wir bis jetzt erreicht und mehr oder weniger engmaschig betreut haben. Deswegen haben wir uns als Team bei der Caritas beworben. Leider ist es uns aus unbekannten Gründen misslungen, dort aufgenommen zu werden. Wir sind froh, dass Phinove bereit war, unsere Mitarbeiter einzustellen, sodass wir zusammenbleiben und die Arbeit gemeinsam fortsetzen dürfen. Dafür bin ich sehr dankbar –

nur, damit Sie das wissen. Ich mag es nicht, dass man über Phinove sagt, es würde irgendwelche Mitarbeiter von Südost übernommen haben.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Das wurde so nicht gesagt, das möchte ich klarstellen. Glücklicherweise haben wir ein Wortprotokoll, das ich vielleicht noch mal erklären sollte, denn Sie sind in den hiesigen Abläufen nicht so drin. – Wir haben ein Wortprotokoll, das Ihnen selbstverständlich auch zur Verfügung gestellt wird. Darin können Sie noch einmal nachlesen, wonach konkret gefragt und was geantwortet wurde. – Herr Petratschek, Sie hatten sich auch noch mal gemeldet, aber danach müssen wir zum Ende kommen. – Bitte sehr!

Frank Petratschek (Caritas Berlin-Brandenburg): Das Ende ist nahe! – Zwei Sätze – erstens: Es gab ein Interessensbekundungsverfahren, an dem wir uns beteiligt haben. – Zweitens: Es gab eine Personalausschreibung und ein transparentes, nachvollziehbares Personalauswahlverfahren. – Danke!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Wenn ich auf die Uhr gucke, dann haben wir es mal wieder geschafft, drei Tagesordnungspunkte abzuarbeiten, nämlich die Aktuelle Viertelstunde, die Wahl von Herrn Lehmann und den Tagesordnungspunkt 3 erschöpfend zu behandeln. Ich bedanke mich in erster Linie bei den drei Anzuhörenden! Vielen Dank, dass Sie uns über eineinhalb Stunden Rede und Antwort gestanden haben und sicherlich zur Aufklärung der einen oder anderen Frage, die hier im Ungefährten herumwaberte, beitragen konnten. Wie gesagt: Wir bleiben im Kontakt, und Sie bekommen von uns in ca. drei Wochen das Wortprotokoll zugeschickt. Es könnte auch gut sein, dass sich Ausschussmitglieder noch einmal an Sie wenden, aber jetzt entlasse ich Sie erst einmal in einen schönen restlichen Tag.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der
Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion
Drucksache 17/1658

[0171](#)
ArbIntFrau
InnSichO(f)

**Keine Abschiebung von verfolgten und
diskriminierten Minderheiten in den Westbalkan!**

Wird vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/1643
**Ombudsstelle für Migrations- und
Integrationsprojekte einrichten**

[0170](#)
ArbIntFrau

Wird vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 17/1284

**Frauen und Mädchen auf der Flucht – In Berlin und
bundesweit besser schützen**

0143

ArbIntFrau

Wird vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.